

Kommunen dazu bringen wollen, sich – die einzelnen Ämter und Behörden – miteinander zu vernetzen. Da soll auch die Zuwanderung aus Südosteuropa Berücksichtigung finden.

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen: Ich bin sehr froh, dass in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Landesregierung regiert, weil sich jeder einzelne Minister – das wissen Sie – in seinem Ressort um Integrationspolitik kümmert. Gerade bei der gegenwärtigen Flüchtlingssituation wird das sehr deutlich. Wenn Sie die Programme sehen, wenn Sie sehen, was alles in den einzelnen Ressorts auf den Weg gebracht worden ist, dann erkennen Sie, dass das schon eine sehr gute Leistung ist.

Deswegen bin ich froh, dass nicht die CDU regiert. Bei dem Durcheinander, was gerade bei Ihnen herrscht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist es gut, dass die SPD mit Grün Nordrhein-Westfalen regiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte über den Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP, CDU und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 11 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – und hier zur vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk**

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10514.**

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir lehnen den Einzelplan 14 ab. Er wird den Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Er ist ideenlos und uninspiriert.

(Beifall von der CDU)

Eines der größten Projekte der Landespolitik in den letzten zehn Jahren war der Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle. Die Idee war damals, statt Vergangenheit zu subventionieren, lieber in die Zukunft zu investieren. Wo ist diese Idee geblieben? Was ist davon übrig geblieben?

Im Jahr 2010 gab es noch fast 500 Millionen € Steinkohlesubventionen. Jetzt sind es noch 165 Millionen €. Wo ist das ganze Geld hin? Im Etat des Wirtschaftsministeriums ist davon fast nichts übrig geblieben. Mal 74.000 € für Gründungen im Mittelstand, mal 500.000 € für Außenwirtschaft und ganze 5,5 Millionen € für die Digitalisierung des Wirtschaftsstandortes – wo bleibt der Rest vom Kohlegeld?

Während der Etat des Wirtschaftsministers seit 2010 fast halbiert worden ist, hat sich der Etat des Umweltministers fast verdoppelt. Statt – wie geplant – in Zukunft, in Wachstum zu investieren, investieren wir in Kontrolleure, in Bürokratie und in immer mehr Auflagen. Das tritt die Idee des Kohleausstiegs mit Füßen.

(Beifall von der CDU)

Am 13. Dezember wird die Ministerpräsidentin in Marl erwartet, wenn auf Auguste Victoria die letzte Lore symbolisch nach oben geholt wird. Ich frage mich, ob da wohl zur Sprache kommt, warum es in der Emscher-Lippe-Region keine Ersatzarbeitsplätze gibt, warum es keine neuen Jobs gibt. Kleiner Hinweis: Der newPark ist nur einen Steinwurf entfernt. Das Geld, das bei der Kohle eingespart wird, bekommt Herr Remmel, der neue Jobs in der Region blockiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim newPark geschieht das ganz direkt oder beim LEP überall im Land – mit dem Klimaschutzplan, mit dem Wasserschutzgesetz oder dem Landesnaturschutzgesetz. Wenn ich Bergmann wäre, würde ich das fast für Zynismus halten. Dafür ist der Kohleausstieg mit allen Schwierigkeiten damals nicht gemacht worden.

Mit den frei werdenden Mitteln muss in Wachstum und in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert wer-

den – in den betroffenen Regionen und überall im Land. Seit Anfang der 90er-Jahre haben wir ein Wachstumsdefizit von zehn Prozentpunkten auf die anderen westdeutschen Länder. Wir könnten 3 Milliarden € mehr in der Kasse des Finanzministers und 300.000 Arbeitslose weniger haben, wenn wir das Wachstum hätten, das andere geschafft haben. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist inzwischen höher als die in Thüringen. Das sollte Ihnen zu denken geben.

Eine der größten Wachstumschancen ist die Digitalisierung. Brot-und-Butter-Geschäft ist hierbei die Frage des Breitbandausbaus. Ob Wirtschaftsförderung im Land, in den Kreisen, in den Städten – überall ist es das Topthema. Im ländlichen Raum sind immer noch 60 % der Anschlüsse nicht ans schnelle Netz angebunden. Aber da sitzen unsere Hidden Champions, die das dringend brauchen. Neun von zehn Gewerbegebieten sind nicht ans schnelle Netz angebunden. Der Ausbau kommt nicht voran. Unsere Ausbaudynamik verdient das Wort nicht.

MICUS sagt uns, 3,2 Milliarden € werden gebraucht, um ganz Nordrhein-Westfalen an die schnellen Netze anzubinden. Im Best Case! Ein Teil davon wird sicherlich der Markt regeln, umso besser. Aber es bleibt eine nennenswerte Wirtschaftlichkeitslücke.

Die Landesregierung tut da zu wenig, um den Lückenschluss hinzukriegen und die notwendigen Grundlagen für Wachstum in den nächsten Jahren zu legen. 135 Millionen € aus der Digitalen Dividende II, auch ein bisschen aus EFRE – alles zugestanden –, und dann leider nur die billige Zusage, die Bundesprogramme kofinanzieren!

Das ist im doppelten Sinne billig – Herr Priggen hat es in der Wirtschaftsausschusssitzung schön beschrieben –, denn die Erwartung, dass das Bundesprogramm auf Nordrhein-Westfalen passt und dann nennenswerte Zahlen kommen, sind gering. Und wenn davon nichts kommt, dann braucht man auch nichts kofinanzieren. Deswegen bleibt der Vorwurf in Wahrheit unwiderlegt. All die großen Zahlen, die da genannt worden sind, sind am Ende Luftbuchungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Statt die Öffentlichkeit mit Mondzahlen zu bluffen, Herr Minister, hätten Sie sich im Landeskabinett durchsetzen müssen, um Geld von der abschmelzenden Kohlesubvention in ein eigenes Programm umzuleiten. Wir schlagen Ihnen die Verdoppelung der Mittel aus der Digitalen Dividende im Jahr 2016, eine Aufstockung der Digitalen Dividende im Jahre 2017 auf 100 Millionen €, 2018/2019 ebenfalls eigene Mittel in Höhe von 100 Millionen € vor, sodass man in der Summe mit den Mitteln dieses Jahres auf 435 Millionen € reales Geld kommt, das verlässlich zur Verfügung steht und das vor allen Dingen

für ein Programm verwendet werden könnte, das zu den Gegebenheiten des Landes passt.

(Beifall von der CDU)

Neben der Breitbandinfrastruktur gibt es mindestens vier weitere wesentliche Herausforderungen bei der Digitalisierung der Wirtschaft.

Erstens sind wir nicht stark genug bei den Start-ups. Da müssen wir attraktiver werden. Unser Anspruch darf da nicht sein, an fünf Stellen im Land irgendwas zu machen, sondern unser Anspruch muss sein, aufzuschließen nach Berlin. In solche Regionen – das muss der Anspruch sein – muss NRW kommen.

Zweitens, Kapitalisierung der Start-ups. Da haben wir hier Debatten über Steuerrecht geführt, die für die Szene mehr als ernüchternd waren.

Dritter Punkt. Zusammenarbeit von industriellem Mittelstand und Start-ups, damit da eine gegenseitige Befruchtung stattfindet und die Industrie im Mittelstand in die Digitalisierung kommt.

Vierter Punkt. Schule, Ausbildung, Universitäten müssen befähigt werden, junge Leute für die digitale Arbeitswelt fit zu machen. Da kommen Sie bei all diesen Themen mit 5,5 Millionen € am Ende sicher nicht aus. Deswegen schlagen wir auch hier konstruktiv vor: weg mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz,

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

den teuren Kontrolleuren, immer mehr Geld für Beratung und externe Aufträge. Dann kann man auch Geld für digitale Wirtschaft und für Zukunft investieren, wenn man hier nicht immer nur auf Kontrolle und Gängelung setzt. Kluge Wirtschaftspolitik muss inspirieren und nicht kontrollieren.

Es reicht nicht, sich von einem runden Tisch zum nächsten Gipfel durchzumogeln: Stahlgipfel, Chemiegipfel, runder Tisch Breitband, Beirat digitale Wirtschaft, Umbau 21, Bochum Perspektive 22, IRR. Überall fehlen bis heute konkrete Ergebnisse, viele Baustellen, aber kein Richtfest.

(Beifall von der CDU)

Der dritte Chemiegipfel ist ohne jede öffentliche Wahrnehmung geblieben. Keine einzige Zeile ist in nordrhein-westfälischen Zeitungen darüber geschrieben worden. Warum wohl?

Eine Branche mit 100.000 Beschäftigten, energieintensiv, hätte es verdient, dass wir uns über sie ernsthafte Gedanken machen. Wir haben hier diskutiert über Wertschöpfungsketten und darüber, was passiert, wenn Wertschöpfungsketten reißen. Stahl, Alu, Chemie, Papier, Glas – alles energieintensiv. Hier wird kaum noch investiert. Die Global Player dieser Branche investieren längst im Aus-

land. Deindustrialisierung – schleichend durch Desinvestitionen!

Reißen die Wertschöpfungsketten einmal, ist es zu spät. Umso bedauerlicher ist es, dass in dieser Koalition – heute lesen Sie es in den Zeitungen – zum Thema „Energiepolitik“ keine Einigkeit herrscht: Streit in der Energiepolitik, Streit in der SPD zwischen Berlin und Düsseldorf, Streit zwischen den Grünen und der Sozialdemokratie! In einer solch wesentlichen Frage kann man entweder nur eine gemeinsame Auffassung vertreten, oder man kann dauerhaft nicht erfolgreich zusammen regieren.

(Beifall von der CDU)

Herr Priggen erzählt dann davon, dass man in 15 Jahren aus der Kohleverstromung sozialverträglich aussteigen könnte. Ja, wenn man nur auf die Mitarbeiter im Bereich der Verstromung, nur auf die Energieerzeugung guckt, dann mag das so sein. Ich halte das für fraglich, aber vielleicht mag das noch so sein. Aber er muss auch auf die mindestens 100.000 Mitarbeiter in der Chemieindustrie gucken – bei Glas, Papier und bei Stahl. Wie viele Hunderttausende von Arbeitsplätzen sollen da in kurzer Zeit in irgendetwas anderes umgebaut werden? Das ist utopisch. In Wahrheit streut man hier den Leuten Sand in die Augen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

um seine ideologische Politik zu begründen.

Wirtschaftspolitik ist in diesem Land im Jahr 2015 und auf Grundlage dieses Haushalts auch im Jahr 2016 ein Trauerspiel. Die Chancen des Subventionsabbaus für Investitionen in die Zukunft werden nicht genutzt. Im Gegenteil: Man schichtet um in Bürokratie, in Kontrollen, in Gängelung. Die Digitalisierung wird verschlafen, und in der Energiepolitik ist die Regierung zerstritten.

So werden Sie die Wachstumslücke nicht schließen können. So werden Sie das Geld, das der Finanzminister braucht, nicht hineinholen. Es wird kein Wachstum geben. Das ist schlecht für Wirtschaft und Beschäftigung. Es ist aber auch schlecht für alle Menschen, die in Nordrhein-Westfalen auf einen starken Staat angewiesen sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wüst hat eben ausgeführt, dass Wirtschaftspolitik inspirierend sein soll. Ich kann, ehrlich gesagt, nur sagen: Ihre Rede war für mich nicht unbedingt inspirierend, und ich glaube auch für die meisten hier im Saal wenig.

(Beifall von der SPD)

Sie sind aus meiner Sicht im Prinzip da stehen geblieben, wo Sie leider immer stehen bleiben. Sie sagen: Wir machen zu wenig, wir machen die Dinge zu langsam. – Sie sind sogar so weit gegangen, dass Sie das Murmeltier Tariftreue- und Vergabegesetz geweckt haben. Ich hatte eigentlich damit gerechnet, dass mit dieser Geschichte eher Herr Brockes kommt. Jetzt kommen Sie mit dem Landesnaturschutzgesetz und dem Landeswassergesetz, dass das die Wirtschaft in diesem Land an den Boden bringt. Herr Wüst, da bin ich von Ihnen, ehrlich gesagt, qualitativ Hochwertigeres gewohnt.

Darüber hinaus reden Sie – das tun Sie immer wieder – dieses Land schwach.

(Zuruf von der CDU)

Sie reden davon: Wir sind hier in einem schwachen Land, und ich möchte gerne ...

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Hören Sie doch einmal zu! Oder sind Sie so getroffen?

Wir sollten nicht immer über die Schwächen dieses Landes, sondern einmal über die Stärken dieses Landes reden. Darüber können wir auch gerne diskutieren.

Stärken zu stärken, meine Damen und Herren, so beginnt nämlich oft ein Mitarbeiterbriefing in den Unternehmen, über die Sie hier immer reden. Stärken zu erkennen, auf diese zu setzen, sie weiterzuentwickeln und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, das ist oft das Erfolgsrezept für wachsende Unternehmen in diesem Land.

Die Stärken unseres Landes zu stärken, diese für Innovationen und Fortschritt zu nutzen, das ist die zentrale Aufgabe guter Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich nicht wundern, wenn ich hier ausführe, dass die rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren diesen Anforderungen gerecht geworden ist und auch mit diesem vorliegenden Haushalt gerecht wird.

Ein roter Faden ist hier sicher, den Herausforderungen durch die Digitalisierung mit den Stärken NRW zu begegnen und sie positiv zu nutzen. NRW ist – das negiert ja nicht einmal Herr Wüst – das Land der Hidden Champions, der familiengeführten Unternehmen und des Mittelstandes. Es stellt sich diesen Herausforderungen, und wir unterstützen die Regionen und auch die Unternehmen.

Unter der Koordinierung der Landesregierung ist es nämlich zum Beispiel gelungen, eines von fünf Kompetenzzentren „Mittelstand 4.0“ nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Dieses Kompetenzzentrum ist nämlich nicht an einem Ort, so wie eben wieder gefordert, sondern befindet sich in Ostwestfalen, in Aachen und in Mülheim. Hier wird deutlich: Wir nutzen die Stärken unseres Landes, nämlich eine Dezentralität, eine dezentral breit aufgestellte

Wissenschaftslandschaft verbunden mit Industrie, Maschinen- und Anlagenbau. Das ist doch der Kernpunkt, den wir hier herausarbeiten müssen.

Wir sehen in dieser Kombination das Fundament für Existenzgründungen und auch für die Weiterentwicklung hier seit Langem heimischer Unternehmen. Wir können nämlich nicht Berlin als Blaupause nehmen. Wir können hier nicht im Prinzip Berlin nachmachen. Wir müssen gucken: Wo sind die Stärken unseres Landes? Das tun wir hier. Damit werden wir auch erfolgreich sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Digitalisierung wird auch den Handel massiv verändern. Das Käuferverhalten ist im Zeitalter des Internets mit seinen Möglichkeiten, 24 Stunden lang am Tag an 365 Tagen im Jahr Waren zu beziehen, sicherlich ein völlig anderes als noch vor einigen Jahren.

Um dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberzustehen, stellen wir den Antrag, hier ein Programm aufzulegen, das neue Chancen für den stationären Einzelhandel entwickelt.

Basis vieler dieser so gerne mit der Zahlenkombination 4.0 versehenen Entwicklungen ist der Breitbandausbau. Auch hier ist NRW stark. Wir sind die Nummer eins unter den Flächenländern. Einer und vielleicht der entscheidende Faktor für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen – ich glaube, darüber gibt es hier in diesem Haus keinen Dissens – und auch der Kommunen ist der Breitbandausbau. Auch hier haben wir mit dem vorliegenden Programm der Landesregierung die richtigen Antworten gefunden.

Lassen Sie mich hier zwei Dinge in den Fokus stellen, zum einen die Kommunen. Hier gilt – das ist wichtig, immer wieder festzuhalten – die zentrale Aussage: Kein einziger Euro, der durch Berlin bewilligt wird, wird daran scheitern, dass die Kofinanzierung nicht bereitsteht.

Der zweite wichtige Punkt, auf den ich eingehen möchte, sind die Gewerbegebiete. Ja, wir brauchen nach MICUS 500 Millionen €, um die Gewerbegebiete anzuschließen. Aber niemand wird doch erwarten, dass dieses Geld komplett vom Land kommt. Wir geben 50 Millionen € und sind sicher, dass die Unternehmen hier viel weiter sind als die Opposition, die hier noch die schlechte Situation bejammert. Die Beteiligten – so ist unser Eindruck – haben sich hier längst auf den Weg gemacht. Sie arbeiten gemeinsam mit Standortkommunen, Anbietern und Wirtschaftsförderern an der Umsetzung des Breitbandausbaus, der durch die Bereitstellung der Landesmittel ermöglicht wird. Wir geben in drei Jahren 500 Millionen für den Breitbandausbau aus. Das ist sicherlich sehr gut angelegtes Geld.

Hier lehne ich mich mal an eine Standardaussage der FDP an. Mit diesem Geld setzen wir einen Ent-

fesselungsimpuls. Wir setzen hier den Entfesselungsimpuls, mit dem wir erreichen werden, dass wir 50 Mbit flächendeckend in Nordrhein-Westfalen haben werden. Wir werden – da sind wir sicher – hiermit auch der Glasfaserversorgung den entscheidenden Durchbruch in Nordrhein-Westfalen ebnen.

Die flächendeckende Versorgung mit Breitband wird auch genutzt werden können für eines der aktuellen Zukunftsprojekte in Nordrhein-Westfalen – auch ein Erfolg dieser Landesregierung –, das virtuelle Kraftwerk. Anfang der Woche haben wir hier die entsprechende Förderzusage erhalten, die mit Investitionen von 60 Millionen € verbunden ist. Das virtuelle Kraftwerk bündelt die Erzeugung und den Verbrauch und flexibilisiert Angebot und Nachfrage. Es schafft so Kommunikationsstrukturen zwischen denen, die Energie in das System bringen, und denen, die sie verbrauchen. Es trägt so ganz entscheidend zum Gelingen der Energiewende und auch zur Versorgungssicherheit der Industrie bei. Mit diesem Projekt werden wir vielen Akteuren in der Energiewirtschaft und darüber hinaus neue Geschäftsmöglichkeiten geben, Dienstleistungen zu entwickeln und auch zukünftig mit neuen innovativen Produkten am Markt zu bestehen. Es ist ein ganz wichtiger Baustein dahin, dass NRW auch im Energiebereich stark bleibt, nämlich das Energieland Nummer eins.

Es zeigt sich, dass sich getragen durch die Digitalisierung und Energiewende, wie gerade ausgeführt, Märkte schnell verändern. Die Umstrukturierungspläne von E.ON und jetzt auch RWE sind greifbare und stark medial wahrnehmbare Zeichen.

Wichtige Spieler neben diesen Energieriesen sind aber auch unsere Stadtwerke. NRW ist hier stark aufgestellt. Unsere hervorragende Dichte an Stadtwerken ist ein entscheidender Faktor, um die aktuellen Herausforderungen an Energieerzeugung, Energietransport und auch Energielieferung positiv zu gestalten.

Durch die Änderungen dieser Marktgestaltung werden sich hier die Betätigungsfelder und auch die Betätigungstiefe der Stadtwerke verändern. Wir werden hier weiterhin die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhalten, damit die Stadtwerke Zugriff auf diese Marktmöglichkeiten bekommen.

NRW ist auch stark in Fragen des Strukturwandels. Der Strukturwandel war ja auch eines der Kernthemen in der Ausführungen von Herrn Wüst. Ich meine, wir können hier gemeinsam feststellen: NRW kann Strukturwandel! Das belegt zum einen der Blick in andere Länder, zum Beispiel in die Regionen von Großbritannien und auch die Vereinigten Staaten, in denen die Kohleförderung eingestellt wurde. Die gesellschaftlichen Verwerfungen, die wir dort erleben, müssen wir im Ruhrgebiet nicht erleben. Das ist der gelungenen Strukturpolitik dort geschuldet.

Ein zweiter Blick zeigt, dass diese Politik auch ökonomische Früchte trägt. Das Wachstum im Ruhrgebiet ist höher als im Land. Um diese erfolgreiche Politik auch des präventiven Strukturwandels weiter positiv flankieren zu können, haben wir beantragt, sowohl die Unterstützung der Regionen, die vom Steinkohlerückzug betroffen sind, als auch der vom Braunkohletagebau geprägten Gebiete aufzustocken.

Meine Damen und Herren, wir machen NRW stärker. Womit machen wir NRW stärker? Lassen Sie uns kurz zurückschauen. Wir haben durch die Verabschiedung des Mittelstandsgesetzes und die Einrichtung einer Clearingstelle, durch die Verstetigung und den Ausbau unserer Handwerksinitiativen und auch durch die Erreichung der Planungssicherheit durch die Leitentscheidung zu Garzweiler II und nicht zuletzt durch die Strategie für digitale Wirtschaft NRW stärker gemacht.

Wirtschaft braucht Partner, die für Verlässlichkeit stehen. In dieser Landesregierung und in den sie tragenden Parteien hat sie sie gefunden. Wir sind Garant dafür, dass Fortschritt und Innovation weiter in einem starken NRW zu Hause sind. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Herr Kollege Sundermann, das ist schon bemerkenswert.

(Dietmar Bell [SPD]: Das ist überhaupt bemerkenswert! Eine gute Rede!)

Es hat schon fast schizophrene Züge, wenn Sie von Verlässlichkeit reden und dann hier die Leitentscheidung Garzweiler II zurückdrehen. Das ist wohl alles andere als Verlässlichkeit, was Sie gerade auch bei diesem Thema praktizieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege Sundermann, um es deutlich zu sagen: Wir reden dieses Land hier nicht schlecht. Denn unser Bundesland Nordrhein-Westfalen hat eine starke Wirtschaft. Es hat viele fähige und fleißige Menschen, die dafür arbeiten, dass dies auch so bleibt. Aber wir werden schlecht registriert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie ist die wirkliche Lage? Wie ist die Lage in Nordrhein-Westfalen? NRW weist leider seit Jahren ein erhebliches Wachstumsdefizit auf. Ich werde Ihnen das jetzt an drei Indikatoren aufführen:

Erster Bereich: Bruttoanlageninvestitionen. Die haben sich in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren unterdurchschnittlich dynamisch entwi-

ckelt. Im Vergleich mit anderen großen westdeutschen Bundesländern – Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen – schließt Nordrhein-Westfalen nicht nur auf dem letzten Platz ab, die Investitionen in NRW sind in den letzten zwölf Jahren sogar gesunken.

Zweiter Bereich: Bruttowertschöpfung. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe hat sich in den vergangenen Jahren in den anderen vier Bundesländern dynamisch weiterentwickelt, während in Nordrhein-Westfalen nahezu Stillstand konstatiert werden muss. Die Produktivität ist dabei sogar zurückgegangen.

Dritter Bereich: Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Trotz eines Anteils an der gesamtdeutschen industriellen Wertschöpfung von über 20 % entfällt lediglich ein Anteil von 14 % der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in Forschung und Entwicklung auf Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, dass Zukunftsinvestitionen überproportional in anderen Bundesländern stattfinden.

Wir müssen an dieser Stelle leider feststellen: Das Vertrauen in Nordrhein-Westfalen als Zukunftstandort ist zerrüttet.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, vor allem haben wir in unserem Land eine erkennbar vom Bundestrend abgekoppelte Entwicklung. Das zeigt klar: Es sind die schlechten politischen Rahmenbedingungen Nordrhein-Westfalens, die dazu beitragen. Herr Sundermann, da sage ich zum x-ten Mal, bis Sie es endlich wieder abgeschafft haben: Dazu gehört auch das Tariftreue- und Vergabegesetz,

(Beifall von der FDP)

dazu gehört das Hochschulzukunftsgesetz, dazu gehört das Gesetz über das Verbandsklagerecht. Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz und dem neuen Landeswasserschutzgesetz wird es auch nicht besser.

Daran sieht man eben, Herr Kollege Sundermann: Die Wirtschaftspolitik wird gegen die Wirtschaft in den anderen Häusern gemacht und nicht im Wirtschaftsministerium. Das ist unser Manko.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, auch im Energiebereich ist Chaos. Ich habe in der gestrigen Debatte bereits aufgezeigt, dass wir eine fatale Fehlentwicklung in der Energiepolitik haben. Sie, Herr Minister Duin, haben gestern das von Herrn Gabriel geplante Strommarktgesetz überschwänglich gelobt und quasi als das Heilmittel für den Energiesektor bezeichnet. Sie haben gesagt, das Gesetz würde endlich zu den notwendigen Flexibilisierungen im Strombereich führen. Aber das ist mitnichten so.

Das Gesetz ist zutiefst widersprüchlich. Mit Flexibilisierung auf Nachfrageseite soll es uns vor teuren Kapazitätsmärkten bewahren, und trotzdem bekommen wir mit dem Gesetz gleich drei Kapazitätsmechanismen. Und wer darf die Zeche bezahlen? – Die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Wirtschaft.

Nordrhein-Westfalen droht der industrielle Kollaps. Durch den schleichenden Prozess ist es im Moment noch nicht sichtbar, aber eine einmal aufgegebene Produktionsanlage kommt nicht so schnell wieder, wenn sie erst einmal im europäischen Ausland oder gar in den USA aufgestellt wurde.

Deshalb, meine Damen und Herren, muss hier gegengesteuert werden. Was wir brauchen, sind haushaltspolitische Impulse für mehr Wachstum, für mehr Wohlstand, für mehr wirtschaftliche Freiheit, einen Landesentwicklungsplan, der Unternehmen Entwicklungsperspektiven gibt, bezahlbare Energie für jedermann, flächendeckende Breitbandversorgung mit einem Breitbandförderprogramm und die Unterstützung von Forschung und Entwicklung. Das alles fehlt leider in diesem Haushalt, und deshalb müssen wir ihn leider ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So eine Haushaltsdebatte ist immer der Zeitpunkt, miteinander Bilanz zu ziehen. Es ist der Zeitpunkt, wo man schaut: Was bietet die Opposition, was bietet die Landesregierung, was bieten die sie tragende Fraktionen? Wir sehen bei dieser Bilanz, was wir schon seit Monaten im Ausschuss sehen: Die Opposition ist wirtschaftspolitisch blank.

Wenn Sie Ideen hätten, dann würden Sie nicht ständig die ollen Kamellen lutschen, dann würden wir in den wirtschaftspolitischen Debatten nicht in jedem zweiten Satz von Ihnen das Tariftreue- und Vergabegesetz hören. Wir fragen uns: Was würde die Opposition machen, wenn wir das Tariftreue- und Vergabegesetz tatsächlich abgeschafft hätten?

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

– Warten Sie einmal ab! –

Wenn wir dieses Gesetz trotz seiner breiten Akzeptanz abgeschafft hätten, obwohl nur 8 % der Unternehmen im Land überhaupt Schwierigkeiten angemeldet haben und 83 % in der Evaluierung ganz klar gesagt haben, sie befürworteten die Ziele in diesem Gesetz,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann hätten Sie vielleicht kurz gejubelt, aber dann hätten Sie – lieber Kollege Bombis, Sie haben in der letzten Ausschusssitzung selbst gelacht, als Sie das Thema angebracht haben – erkannt:

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Jetzt ist unser komplettes wirtschaftspolitisches Programm weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

So geht es weiter. Schauen wir auf das letzte Plenum zurück: Wir stärken die Digitalisierung im Einzelhandel.

Schauen wir uns die Reaktionen aus der Opposition an: Eine CDU, die sich immer für ihre Verbundenheit zur Wirtschaft, zur kommunalen Basis rühmt, hat für innovative Projekte wie Online City Wuppertal nur Verachtung übrig.

Ich kann jedem kommunalen Wirtschaftsförderer nur empfehlen, sich Herrn Steins Rede noch einmal ganz genau anzuschauen, um herauszufinden, was die CDU von innovativen Initiativen an der Basis, von lokalen Wirtschaftsförderern, vom inhabergeführten Einzelhandel hält. Sie werden merken, die CDU hat für solche Innovationen nur Verachtung übrig.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ha, ha!)

Wenn wir uns den Haushalt 2016 anschauen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie, die Gestaltung des digitalen Wandels hat für uns hohe Priorität und ist das zentrale wirtschaftspolitische Anliegen. Wir investieren massiv in die digitale Wirtschaft. Für die Strategie stehen über 5 Millionen € bereit. Daraus finanzieren wir die regionalen Zentren für die digitale Wirtschaft, Netzwerkarbeit, Messauftritte und Kongresse.

Wir werden damit die Innovationsmotoren unseres Landes zusammenbringen. Der eine Innovationsmotor ist der Mittelstand. Der Mittelstand ist unser Partner, unser Verbündeter bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Wirtschaft und zugleich der Garant für wirtschaftliche Stabilität. Der andere Innovationsmotor sind Start-ups, kleine innovative Unternehmen. Wer sich das mal anschaut, wird die Erfahrung gemacht haben, diese beiden Bereiche sprechen oft unterschiedliche Sprachen. Deshalb ist unser Ansatz genau der richtige, Brücken zwischen diesen beiden Bereichen zu schlagen.

Das steht im Mittelpunkt unserer Überlegungen zur Digitalisierung der Wirtschaft.

Wie das funktioniert, haben wir mit dem Ausschuss vor ganz kurzer Zeit in meiner Heimatregion Ostwestfalen-Lippe gesehen. Wir können auf das, was dort passiert, stolz sein. Und wir sind froh, dass wir zusätzliche Mittel einsetzen und den Cluster „it's OWL“ mit zusätzlichen 930.000 € aus Landesmitteln

fördern. Von OWL lernen heißt nämlich Kooperation lernen. Wegen dieser Erfahrung ist es auch gelungen, eines von bundesweit fünf Kompetenzzentren Mittelstand 4.0 und zwei weitere Mittelstandsagenturen nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Es ist richtig, diesen regionalen Ansatz zu fahren, Herr Wüst. Sie haben eben kritisiert, dass wir nicht einen großen Leuchtturm favorisieren. – Es ist doch in einem Flächenland viel sinnvoller, einen regionalen Ansatz zu fahren, anstatt nur auf Leuchttürme zu schielen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Voraussetzung für diese Digitalisierungsstrategie ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir haben immer gesagt, und das tun wir auch, wir investieren die digitale Dividende vollständig in den Breitbandausbau – 50 Millionen allein in den Anschluss von Gewerbegebieten mit Glasfaser. Wir gehen mit eigenem zusätzlichem Landesgeld in die Kofinanzierung. Wir stellen insgesamt eine halbe Milliarde Euro für Breitband zur Verfügung.

Und was kommt von der Opposition? – Nichts als kleinkariertes Genöle.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das zeigt letzten Endes, Sie glauben nach wie vor, die Zukunftsfrage der Bevölkerung und der Betriebe im ländlichen Raum ist der Katzenabschuss und nicht die Versorgung mit digitaler Infrastruktur.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich lebt Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün von mehr als der Gestaltung des digitalen Wandels – auch wenn ich da den Schwerpunkt gesetzt habe. Das Handwerk nimmt in Nordrhein-Westfalen eine besondere Rolle ein. Jeder fünfte Arbeitsplatz in unserem Land ist dort angesiedelt. Deshalb setzen wir die Handwerksinitiative fort. Deshalb fördern wir Gründungen gerade im Handwerk, sorgen für ein gutes Gründerklima.

Schließlich sind wir – da finde ich den Slogan „Germany at its best“ wirklich gelungen – eine begehrte Region für Investoren aus dem Ausland. Insofern ist es gut, dass wir den Ansatz für NRW.INVEST verstärken.

Diese Spotlights aus dem Haushalt 2016 haben für mich gezeigt: Wer guckt nach hinten? Wer guckt nach vorne? Wir gehen mit unserer Arbeit voran, und das ist gut für unser Land. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und zu Hause! Ganz wesentlich für die Wirtschaft – das klingt dauernd an – ist heute in allen Teilen der Wirtschaft das digitale Potenzial. Die Zahlen zeigen leider: Es gibt bei uns noch keine breite Bereitschaft bei Unternehmen, kräftig in die Digitalisierung zu investieren. Trotz all der Konferenzen und Absichtserklärungen sind die Unternehmen noch immer auffällig zurückhaltend.

Unser Ziel muss es daher sein, dieses Potenzial zu heben, die auch mentalen Hürden zu nehmen und den Sprung in die Gigabitgesellschaft zu schaffen. Das – so scheint es wenigstens – steht in diesem Haus außer Frage.

Aber die politische Weichenstellung der letzten Monate verunsichert leider auch viele Unternehmen. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass die aktuell gute Konjunkturlage täuscht – mit Blick auf die großen Herausforderungen, vor denen die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen steht.

In einigen Jahren wird die Politik dieser Legislaturperiode im Rückblick danach bewertet werden müssen, ob die richtigen Weichenstellungen für die digitale Revolution getroffen worden sind. Die Vorratsdatenspeicherung wurde wieder eingeführt, die Netzneutralität aufgeweicht – mit noch unabsehbaren Auswirkungen gerade für kleine Unternehmen. Wir alle kennen dazu das Statement der Telekom. Das lang angekündigte Breitbandförderprogramm setzt auf alte Kupferleitungen statt auf Glasfaser. Und jetzt will die Bundesnetzagentur sogar ein Vectoringmonopol erlauben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genöle!)

Folgen wir der Studie Mittelstandspanel 2015 von BDI und PricewaterhouseCoopers, sind die drei Topsorgen von Mittelstandsunternehmen hinsichtlich der Digitalisierung folgende:

Erstens: Datensicherheit.

Dem könnte man begegnen, indem man Open Source ein bisschen fördert. Die Geschichte mit dem BND gehört auch dazu. Wir haben zum Thema „Wirtschaftsspionage“ einen Antrag vorgelegt und dazu eine Anhörung gehabt.

Zweitens: Veränderungen in der Unternehmenskultur und in der Arbeitsorganisation.

Laut vieler Studien und nicht nur einer Studie ist etwa jeder zweite Arbeitsplatz von der Automatisierung bedroht – zunehmend auch Bürojobs. Unternehmenskultur sollte Menschen mit ihren kreativen Problemlösungskompetenzen in den Mittelpunkt stellen, da viele andere Tätigkeiten in Zukunft vom Kollegen Algorithmus oder durch Robotisierung erledigt werden können. Organisatorisch folgen daraus flache Hierarchien und eine diesbezügliche Anforderung an unser Bildungssystem, damit auch umgehen zu können.

Drittens: Verfügbarkeit der digitalen Infrastruktur: Breitband.

Wir wollen und brauchen dezentrale kommunale Glasfasernetze in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung setzt auf kurzfristige Kupferförderung und macht dem Magentariesen vorzeitige Weihnachtsgeschenke. Ist das eine „Geiz ist geil“-Mentalität? Ich weiß es nicht. Das bewegte Datenvolumen im Netz wächst exponentiell. Allein dieses Jahr steigt das pro Breitbandanschluss und Monat transportierte Datenvolumen um satte 20 %.

Glasfaser hat viele Vorteile gegenüber anderen Technologien. Die liegen neben der hohen Datengeschwindigkeit in der Symmetrie der Übertragung, dem niedrigen Energieverbrauch sowie darin, dass keine aktive Technik und nur wenige Verteilstellen erforderlich sind. Bereits heute betragen die Energiekosten der Netze 200 Millionen €. Mit Vectoring werden sie noch einmal stark ansteigen. Glasfaser ist auch ökologisch korrekt.

Trotz dieser richtigen Analyse setzt die Landesregierung weiterhin auf Kupfer. Sie verschwenden Steuergelder, um kurzfristige Breitbandprojekte bis 2018 durchzuziehen, die danach technisch völlig veraltet sein werden, wo dann mit neuen Fördergeldern Abhilfe geschaffen werden muss.

Man muss ja nicht immer Bayern als Beispiel anführen. Das kleine Schleswig-Holstein besitzt im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen eine Glasfaserstrategie und kann daher eine Anschlussquote von mittlerweile 23 % aufweisen. Die Nordlichter sind auf einem guten Weg, wir nicht. Wahrscheinlich muss man mal Fischer fragen, wenn es um Netze geht.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Irrlichter!)

Hier in Nordrhein-Westfalen streut unser Wirtschaftsminister den Unternehmen Sand in die Augen, statt das zu tun, was man mit Sand machen sollten: ihn verbuddeln, und zwar als Glasfaserkabel.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nicht nur das!)

Die Landesregierung hat angekündigt, in den nächsten drei Jahren bis zu 500 Millionen € in die Breitbandförderung zu investieren. Die tatsächlichen Zahlen werden leider weit darunterliegen, da Kommunen bereits signalisiert haben, dass sie vermutlich nur unterdurchschnittlich vom Bundesförderprogramm profitieren werden.

Es bleibt die Kritik im Raum, dass das Wirtschaftsministerium einzig eine Durchleitungsfunktion von EU- und Bundesmitteln hat. Ich hatte so etwas im Badezimmer; das nennt man Durchlauferhitzer. Der produzierte zuletzt nur lauwarmes Wasser.

Ich würde mir wünschen, auch für Herrn Minister Duin, dass das Wirtschaftsministerium wieder so planvoll und weitsichtig ausgerichtet wird wie unter

Ihrem großen Vorvorgänger Reimut Jochimsen, der sich ja durch einen großen Weitblick ausgezeichnet hat.

Stattdessen werden wenig eigene Ideen gezeigt. Vielleicht gibt es ja auch kaum Gestaltungsspielraum im Kabinett. Wir haben, um dem Kompetenzwirrwarr Abhilfe zu schaffen, so etwas wie ein Digital- oder Internetministerium gefordert.

Der Bundesrechnungshof hat sich bereits kritisch zu einer Förderung von Kupferkabeln geäußert, die schon bald nach dem Ausbau nicht mehr auf dem Stand der Zeit sein werden und dann weitere Förderungen benötigen. Wir sehen das ähnlich. Eigentlich sollte hier § 7 der Landeshaushaltsordnung greifen: Wirksamkeit statt Sparsamkeit.

Wir haben bereits im letzten Jahr in einem Antrag eine bessere, neutralere Evaluierung der Förderprojekte gefordert. Jetzt bräuchten wir genau diese.

In dem Zusammenhang fällt mir ein Änderungsantrag von Rot-Grün aus dem letzten Plenum ein, über 300.000 € zur Förderung der Verknüpfung von stationärem Einzelhandel und Onlinehandel. Das hört sich toll an. Wenn man dann reinschaut, stellt man fest: Es geht darum, den Einzelhändlern zu zeigen, wie man Produkte bei eBay einstellt. Da kann man auch Frau Löhrmann fragen, dass sie 1.000 Sechstklässler organisiert nach dem Motto: „Schule meets Unternehmen“, die sie dann in die Unternehmen schickt, um den Leuten zu zeigen, wie man Produkte bei eBay einstellt; die können das nämlich.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Selbst unter analogen Gesichtspunkten ist das bestenfalls Mittelmaß. Wir werden auch, aber nicht nur aus diesen Gründen den Haushalt ablehnen.

Kommen wir zum Bereich Bergbau und Energie; das hat ja auch irgendwie mit Netzen zu tun. Nach wie vor hat der größte Posten einen zur Energiepolitik der Kraft-Kohle-Koalition passenden Titel: „Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen“, immerhin noch 165 Millionen €. Aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise für Steinkohle ist das immer noch die Hälfte des Ansatzes für dieses Jahr. Die Grundlage ist natürlich die Rahmenvereinbarung „Sozialverträgliche Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland“ oder auch das Finanzierungsgesetz zum Ausstieg aus dem Jahr 2007. Wir stellen die Notwendigkeit dazu gar nicht infrage, wir stellen nur erneut fest: Kohlestrom ist subventionierter Strom.

Wir finden im Kapitel 14 730 unter dem Titel 686 60 250.000 € als Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte Gebiete. Die Begründung: Durch die Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte

Gebiete muss auch in den kommenden Jahren weiterhin eine präventive Strukturpolitik betrieben werden, um die Folgen des Strukturwandels zu mindern. – Auch das stellen wir nicht infrage. Wir gehen aber davon aus, dass hier sehr bald sehr viel mehr Geld nötig sein wird, um den Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten – den Strukturwandel, den der notwendige und endgültige Ausstieg aus der Braunkohle mit sich bringen wird.

Wir fordern bereits seit 2013 ein Gesetz, das den Ausstieg aus der Braunkohle regelt – gratuliere, Bundesumweltministerin Hendricks fordert es seit wenigen Tagen auch; nur, wir Piraten müssen nicht nach Paris fahren, um auf die Idee zu kommen –,

(Beifall von den PIRATEN)

ein Gesetz, das diesen Ausstieg planbar macht, Sicherheit gibt, und zwar für alle Beteiligten: für die Menschen in der Region, für die Unternehmen und auch für uns, die Mitglieder dieses Landtags. Denn wir werden in Zukunft über Haushalte entscheiden müssen, in denen es um viel größere Summen für den Strukturwandel im Rheinischen Revier gehen wird.

Der Ausstieg aus der Braunkohle wird kommen, und er muss kommen. Das weiß die Landesregierung, und das weiß auch RWE. Wir wollen einen geplanten Ausstieg, und der wird finanziert werden müssen; auch das steht fest. Wir verlangen da Ehrlichkeit und Transparenz.

Barbara Hendricks will eine Entscheidung noch in dieser Legislaturperiode. Wir wollen das auch. Wir haben im letzten Jahr auch einen Vorschlag zur Finanzierung gemacht, unseren Antrag für die Einführung einer Förderabgabe auf Braunkohle, einer Abgabe, wie sie auch Oliver Krischer von den Grünen fordert. Sie würde NRW rund 150 Millionen € zusätzliche Einnahmen pro Jahr bescheren – 150 Millionen €, die komplett in den Strukturwandel gesteckt werden könnten, 150 Millionen €, auf die die grüne Fraktion in Nordrhein-Westfalen verzichten will; denn sie hat den Antrag ja abgelehnt, die Kohlegenossen selbstverständlich auch.

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik muss sich auch mit der Zukunft und den kommenden Entwicklungen und Notwendigkeiten befassen, nicht nur mit dem aktuellen Zahlenwerk. Genau das wollen wir tun, und wir stellen fest: In punkto Netze, ob Informationsnetze oder Energienetze, hat diese Landesregierung keine Ideen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt seitens der Opposition einiges zur wirtschaftlichen Lage gehört bzw. eigentlich haben wir nichts dazu gehört, sondern wir hatten es mit dem Blick der Opposition zu tun, wie sie sie gerne hätte.

Nur um ein bisschen Objektivität hineinzubringen, habe ich mir die Mühe gemacht und mir die Konjunkturberichte der Industrie- und Handelskammern aus unserem Land Nordrhein-Westfalen einmal vorgenommen.

Nehmen wir die Kammern, die für das Ruhrgebiet zuständig sind: Dortmund, Duisburg, Essen, mittleres Ruhrgebiet, Nordwestfalen. Dort lautet die Überschrift: Ruhrkonjunktur läuft weiter rund. – In Hagen ist die Überschrift für den Konjunkturbericht: Lage gut. – In der rheinischen Wirtschaft ist die Überschrift des Konjunkturberichts der IHK: Schwung und Zuversicht. – In Bielefeld, ähnlich wie im Ruhrgebiet heißt sie: Konjunktur läuft weiter rund.

Das Bild, das die Opposition versucht, von diesem Land zu zeichnen, hat mit der Realität nichts zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als vor Kurzem der EU-Kommissar, Herr Oettinger – soweit ich weiß, kein Vordenker rot-grüner Landesregierungen –, bei uns war, war er kaum zu stoppen in der Anerkennung für unsere Transformationsprozesse, für die Bewältigung des Wandels.

Wenn Sie noch zwei Beispiele brauchen: Ich war neulich mit Herrn Bell in Wuppertal bei Bayer Health Care. Bayer Health Care, ein Weltunternehmen, trifft seine Entscheidungen nicht aus Lokalpatriotismus, bei aller Liebe zu Wuppertal, die in diesem Unternehmen mit Sicherheit historisch vorhanden ist. Vielmehr trifft es das nach ganz nüchternen Faktoren, wie andere Weltunternehmen eben auch.

Für dieses innovative, neue medizinische Produkt hatten Sie die Wahl zwischen Berkeley in den USA und Wuppertal in Nordrhein-Westfalen. Sie haben sich nach diesem Abwägungsprozess klar und eindeutig mit einem enorm hohen Millionenbetrag für den Standort Nordrhein-Westfalen entschieden, und das aus guten Gründen, eben aus unternehmerischen Gründen, weil es der richtige Standort für solche Innovationen und Investitionen ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin heute Morgen hier in Düsseldorf bei der Eröffnung des größten Rechenzentrums als Voraussetzung für Cloud-Computing von der Firma Interxion, die ihren Sitz eigentlich in Frankfurt haben, gewesen. Das ist ebenfalls ein internationales Unternehmen, das heute das größte Rechenzentrum für cloudbasierte Anwendungen hier in Düsseldorf eröffnet hat. Und der Geschäftsführer, Herr Knapp, sagte nahezu wörtlich: Weil hier in Nordrhein-Westfalen die Weichen richtig gestellt werden. Nir-

gendwo ist das fokussierter der Fall als in Nordrhein-Westfalen, wenn ich das mit allen anderen Bundesländern vergleiche.

Es ist also nicht etwas, was wir uns ausdenken, sondern Dritte mit Investitionsentscheidungen, mit ihren Konjunkturberichten, mit ihrer Bewertung aus der Brüsseler Sicht kommen zu dem Ergebnis, dass wir auf einem guten Weg sind.

Der letzte Fakt, den ich in diese Reihe mit aufnehmen will – Herr Bolte hat schon darauf hingewiesen – ist das, was wir bei den ausländischen Direktinvestitionen erleben. Wenn wir von denen, die nach Deutschland kommen, ein Fünftel bekämen, wäre das sozusagen im Rahmen der Normalverteilung. Wir liegen aber deutlich über 25 % bis 30 % bei den Direktinvestitionen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Deswegen an dieser Stelle – das ist ja auch ein wesentlicher Teil unseres Haushalts – einen ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die bei NRW.INVEST dafür sorgen, dass die nordrhein-westfälischen Standortvorteile in aller Welt bekannt gemacht werden und dann die Unternehmen,

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

ob sie auch China, Kolumbien, aus Chile oder als welchen Ländern dieser Erde auch immer kommen, sich in Nordrhein-Westfalen lieber ansiedeln als in jedem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das hat etwas zu tun mit der Mischung in Nordrhein-Westfalen aus Weltkonzernen, Mittelstand und den Familienunternehmen. Es hat etwas zu tun mit der einzigartigen Hochschullandschaft, die nirgendwo in Europa dichter ist, und es hat etwas zu tun mit industrienahe Forschung. Dann hat es etwas damit zu tun, dass wir uns innerhalb der Landesregierung und wir uns im Wirtschaftsministerium kümmern. Wir kümmern uns um die Industrie. Jetzt kann Herr Wüst sagen: Sie machen ja runde Tische und Gipfel usw.

(Hendrik Wüst [CDU]: Machen Sie ja auch!)

– Der Eindruck mag täuschen, aber sprechen Sie mal mit den Beteiligten! Aber ich meine, dass die nordrhein-westfälische Stahlindustrie ausgesprochen dankbar war, und zwar nicht nur seitens der Unternehmen, sondern auch seitens der Gewerkschaften, dass es zum ersten Mal einen solchen Stahlgipfel gegeben hat, um die Probleme in dieser Branche auf den Tisch zu legen und gemeinsam agieren zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dasselbe gilt auch für die Chemiebranche, wo es eben nicht darum geht, irgendeine Pressemitteilung zu machen, sondern darum geht, auf solchen Gip-

feln ganz konkret an den Inhalten, die auf der Tagesordnung stehen wie Seveso III, wie Energiepreise, wie vor allen Dingen das Thema der Akzeptanz für Industrie in unserer Gesellschaft zu diskutieren. Mir ist es lieber, mit den Akteuren an einem Tisch zu sitzen und über diese Dinge nachzudenken und zu Lösungen zu kommen, als Pressemitteilungen aus der CDU-Fraktion zu lesen, die dann auch nicht erscheinen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir kümmern uns zum Beispiel um das Thema „Energie“. Wir haben das gestern hier mit einem speziellen Fokus auf die Klimaverhandlungen in Paris diskutiert. In der Tat ist es so, wenn ich mir die letzten drei großen Themen ansehe, dass es zu falschen Entwicklungen, auch liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auch in der von uns gemeinsam geführten Bundesregierung gekommen wäre, wenn wir nicht aus Nordrhein-Westfalen heraus massiv und erfolgreich Einfluss genommen hätten.

Das EEG mit der besonderen Ausgleichsregelung war der erste Punkt, der nicht so positiv ausgegangen wäre, wenn wir uns nicht so intensiv gekümmert hätten. Die Klimaabgabe und die intensiven Bemühungen waren anders zu gestalten und trotzdem einen Beitrag für das Klima zu leisten, aber ohne Strukturbruch. Oder wenn ich mir die jüngste Einigung zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ansehe, dann sind das Beweise dafür, dass ohne diesen starken Einsatz der nordrhein-westfälischen Landesregierung die Ergebnisse in Berlin nur halb so gut, manchmal sogar schlecht wären. Und es ist gut, wenn wir uns dort entsprechend positionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kümmern uns um das Handwerk. Herr Bombis, das darf ich ganz uneigennützig sagen: Nie – jedenfalls wird das von den Beteiligten so geschildert – war die Verbindung zwischen Landesregierung und Landtag einerseits und dem Handwerk in Nordrhein-Westfalen enger als sie das zurzeit ist.

Die Enquete wird meines Erachtens eine wichtige Plattform sein, um diese Zusammenarbeit mit dem Handwerk weiter zu vertiefen. Wir haben die Handwerksinitiative 2.0. Wir haben eine ganze Reihe von anderen Themen gemeinsam mit dem Handwerk auf den Weg gebracht. Ich bin sicher, dass die Enquetekommission auch uns von der Landesregierung weitere Hinweise geben wird, wie wir dort zu Verbesserungen kommen.

Wir kümmern uns um den Handel. Auch dabei geht es darum, sich mit den Akteuren zusammzusetzen, auch wenn Herr Wüst das wieder nicht will, weil er lieber seine eigenen Pressemitteilungen schreibt oder sich in seinem Büro die Gedanken macht. Ich setze mich lieber mit den Betroffenen zusammen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Dann kommt nämlich so etwas zutage, wie das, was wir in Wuppertal haben, und das, was hier in der letzten Sitzung beschlossen worden ist auf Antrag der die Regierung tragenden Fraktionen. Dabei geht es darum, Chancen auszuloten: Nicht alles, was im Onlinebereich passiert, ist als große Gefahr für den Einzelhandel zu sehen. Vielmehr sind die Chancen für den Standort und für die Innenstädte zu sehen.

(Hendrik Wüst [CDU] winkt ab.)

Wir haben gestern wieder bei einem parlamentarischen Abend genau über diese Chancen gesprochen. Das darf man nicht verteufeln.

Ich will auch gern, wie es Herr Bolte auch schon gemacht hat, noch einmal in Erinnerung rufen, was der Kollege von der CDU-Fraktion, Herr Stein, hier beim letzten Mal gesagt hat: Wir würden aufgrund unserer Aktivitäten eine Klientelpolitik für den Einzelhandel machen.

Da wiederhole ich das, was ich in der letzten Rede dazu auch gesagt habe: Vielen Dank, ich bin stolz darauf, dass wir tatsächlich Klientelpolitik für den stationären Einzelhandel machen. Wenn das so ist: Wunderbar!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kümmern uns um die Digitalisierung – das ist hier mehrfach angesprochen worden – mit den drei Säulen, den Programmen für die Start-ups zur Unterstützung der Hubs.

Herr Wüst, in der Tat kann man unterschiedliche Denkschulen haben und sagen: Wir brauchen einen großen Hub. – Aber auch da haben wir den Rat der Experten eingeholt, die uns sagen: Es ist eben nicht damit getan – anders als in Berlin –, das alles an einem zentralen Ort zu machen. Vielmehr sagen uns die Fachleute: Nordrhein-Westfalen ist ein polyzentrisches Land, und deswegen ist es klug, zunächst einmal mit fünf Hubs an den Start zu gehen, damit auch in den unterschiedlichen Landesteilen von Nordrhein-Westfalen das Thema „Digitalisierung“ wirklich eine Heimat findet und nicht nur an einem Ort irgendwo in der Zentrale. Das wäre ein falscher Ansatz.

(Beifall von der SPD)

Wir werden sicherlich ausreichend Gelegenheit haben, über das Thema „Breitband und Finanzierung“ heute im weiteren Verlauf der Debatte oder an anderer Stelle noch einmal zu diskutieren. Deswegen will ich den Punkt an dieser Stelle gar nicht weiter vertiefen.

Ich will nur sagen: Wir kümmern uns genauso wie um diese bereits genannten Punkte um den Mittelstand und um die Familienunternehmen durch einen einmaligen Bürokratieabbau, durch die Clearingstelle und durch das, was wir bei der Standardkosten-

messung auf den Weg gebracht haben, auch beim Tariftreue- und Vergabegesetz und nicht zuletzt auch bei den Veränderungen im Landesentwicklungsplan, die zwischen dem ersten Entwurf und dem zweiten vorgenommen worden sind. Das hat etwas mit der Diskussionskultur und dem Vertrauen zwischen Landesregierung und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu tun, meine Damen und Herren.

Last but not least kümmern wir uns um die Regionen: ob im Tourismus in Lippe, im Münsterland, der Eifel, im Rheinischen Revier, bei der Innovationsregion oder bei der Emscher-Lippe-Region mit „Umbau 21“.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Lieber Herr Wüst, ich weiß nicht, wo Ihr ordnungspolitischer Kompass ist, wenn Sie sich hier zehn Minuten hinstellen und im Kern nichts anderes für die Wirtschaftspolitik des Landes fordern, als mehr Geld auszugeben.

(Zuruf von der SPD: Keynes lässt grüßen!)

Da war die CDU schon mal ordnungspolitisch weiter, um Wirtschaftspolitik wirklich gestalten zu können, anstatt immer wieder darauf zu verfallen, man müsse mehr Geld ausgeben.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Damit wir Arbeit und Wachstum für NRW haben, braucht man vielmehr eine Wirtschaftspolitik, die sich persönlich kümmert, die nicht die Vergangenheit vor der Zukunft schützen will, sondern die die Weichen für neue Wege stellt. Das tun wir, und das belegt auch dieser Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 56 Sekunden überzogen hat. – Ich gebe das Wort nun an den Kollegen Bombis von der FDP-Fraktion.

Ralph Bombis (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Herr Minister, die konjunkturelle Lage ist gut in Deutschland.

(Zuruf von der SPD: Aber?)

Es reicht aber nicht, dass diese gute konjunkturelle Lage in Deutschland natürlich auf Nordrhein-Westfalen wirkt. Es reicht insbesondere nicht, als Wirtschaftsminister einige Überschriften und durchaus erfreuliche Einzelbeispiele zu zitieren.

Wir müssen doch festhalten: Die Wirtschaft insgesamt in Nordrhein-Westfalen hat ein Wachstumsdefizit. Wenn Sie sich schon unter den Bundesländern so oft vergleichen, was Sie gerade im Breitbandbe-

reich so gerne machen, obwohl das keinem einzigen Menschen, der in Coesfeld, Steinfurt oder Gelsenkirchen sitzt und nicht ins schnelle Internet kommt, hilft, sollten Sie auch sagen, dass das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2015 in Nordrhein-Westfalen bei 0,3 % lag. Sie sind damit an vorletzter Stelle in ganz Deutschland. Lediglich Sachsen-Anhalt liegt hinter uns.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Nennen Sie absolute Zahlen, nicht relative!)

Das ist die Wahrheit, Herr Minister. Das können Sie auch durch ein paar Überschriften nicht schönreden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Wir haben zu wenige Investitionen in Nordrhein-Westfalen. Wir haben insbesondere zu wenige Reinvestitionen. Das ist eine schleichende Deindustrialisierung. Wir haben zu wenig Wertschöpfung. Wir haben zu wenige Investitionen auch in Forschung und Entwicklung. Unser Land liegt unter dem Bundestrend. Wir bleiben hinter unseren Möglichkeiten.

Das hat auch ganz klar zu benennende Gründe. Die wirtschaftspolitische Atmosphäre in diesem Land wird von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen eher belastet als gefördert. Wir haben mit dem Klimaschutzgesetz, wir haben mit Belastungen durch einen Landesentwicklungsplan – sein erster Entwurf wurde Ihnen um die Ohren gehauen, Herr Minister –, wir haben durch Steuer- und Gebührenbelastungen, wir haben durch ein rigides Ladenschlussgesetz, wir haben durch eine rigide Hochschulregulierung, wir haben durch den Braunkohleausstieg und auch durch das Tariftreue- und Vergabegesetz, das stellvertretend steht für die Bürokratie in diesem Land, die immer weiter aufgebaut und nicht abgebaut wird, eine schlechte Atmosphäre in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Reden Sie mit den Unternehmen, Herr Minister! Jetzt kommen noch die Landesbauordnung und das Landesnaturschutzgesetz dazu, was die Wirtschaft weiterhin belasten wird.

Herr Bolte, das sind keine ollen Kamellen, das ist einfach die Lage der Wirtschaft in diesem Land. Sie belasten sie. Sie haben es früher getan, Sie tun es im Moment, und Sie werden es in der Zukunft tun. Steuern Sie hier endlich um!

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Sie spielen Ökologie gegen Ökonomie aus!)

Sie zeigen Technologiefreundlichkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit auch in anderen Bereichen. Das Thema „newPark“, das Trauerspiel in der Emscher-Lippe-Region, ist angesprochen worden. Damit dokumentieren Sie, dass Sie eher ein Misstrauen in die Wirtschaft, in Unternehmen und in Ihre Mitarbei-

ter haben. Das ist kontraproduktiv im Hinblick auf eine positive Wirtschaftspolitik in diesem Lande.

Das wird auch im Haushalt dieses Landes nicht besser. Auch durch einen an sich ja zu begrüßenden – so viel will ich durchaus sagen – neuen Titel für Digitale Wirtschaft in diesem Haushalt wird das nicht kompensiert; denn es ist doch so, dass die Mittel für Wirtschaftsförderung insgesamt in diesem Haushalt reduziert werden.

Das geschieht teilweise aus Gründen der Systematik bei der Kofinanzierung durch EFRE-Mittel. Insgesamt jedoch fahren Sie diese Mittel herunter. Ein Haushaltsansatz für Digitale Wirtschaft ist hier eben nicht genug, wenn man sieht, dass der Breitbandausbau in diesem Land gar nicht schnell genug vorangeht.

Herr Minister, dadurch behindern Sie die Entwicklung in diesem Land. Sie vergeben dadurch Zukunftschancen, dass Sie zum Beispiel gerade die benannten EFRE-Mittel für den Breitbandausbau nicht nutzbar gemacht haben. Sie sind jetzt aufgewacht und versuchen, hinterherzuhecheln. Das ist aber nicht genug. Das sind nicht genügend gebündelte Kraftanstrengungen für Wirtschaft 4.0, Handwerk 4.0 und Industrie 4.0. Sie setzen keine Impulse, Herr Minister!

Zum Ersten ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich, und zum Zweiten setzen Sie nur Belastungen, Kosten und Bürokratie. Damit schaffen Sie eine Atmosphäre gegen Investitionen. Damit verspielen Sie das Potenzial und riskieren die Zukunftschancen unseres Landes. Deswegen kann man diesen Haushalt nur ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist das Industrieland in Deutschland.

(Zuruf von der CDU)

– Schön, dass Sie es auch erkannt haben. – Chemie, Stahl, Aluminium, Maschinenbau, Handwerk: Unzählige kleine und mittelständische innovative Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erzeugen schon heute wichtige Produkte für die Energiewende. Sie machen sich und uns mit ihren Innovationen fit für die Zukunft. Die Unternehmen sind schon viel weiter, als Sie, liebe CDU und liebe FDP, das gerne wahrhaben wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist Industrie- und Ideenland. Und Nordrhein-Westfalen wird Industrie- und Ideenland für erneuerbare Energien. Dafür brauchen ...

(Zuruf von der CDU: Wir eine andere Landesregierung!)

... die innovativen Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit. Wenn Sie, liebe CDU und liebe FDP, jetzt versprechen, dass man diese Investitionssicherheit dadurch herstellen könne, indem man alles wie zuvor macht, dann sind Sie entweder ignorant, haben eine Wahrnehmungsstörung oder lügen die Leute und die Unternehmen einfach von vorne bis hinten an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Wirtschaft will Leitlinien für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit. Die aktuellen Megatrends sind beispielsweise Digitalisierung, Klimawandel und demografischer Wandel. Eine Zukunftssicherheit für die Wirtschaft herzustellen, gelingt nicht, wenn man diese Megatrends ignoriert und einfach sagt: Wir machen weiter so. – Die Gewährleistung von Zukunftssicherheit gelingt nicht, wenn man als Antwort auf diese Megatrends nur sagt: Kohle, Kohle, Kohle.

Sie sagen selbst, liebe CDU, dass Sie unsere Entscheidung zur Verkleinerung von Garzweiler II nicht zurückdrehen werden. So weit, so gut. Warum Sie sich dann aber einem ordentlichen Dialog mit allen Betroffenen bzw. Beteiligten verweigern, um diesen ganz klaren Ausstieg frühzeitig zu gestalten, kann ich einfach nicht verstehen. Sie sind da komplett ideologisch verblendet!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin zu jung, um selbst eins zu eins mitzukommen, wie es war, als beim Steinkohlebergbau der Ausstieg beschlossen wurde. Ich kann das aber im Rückblick betrachten und vielleicht auch anders bewerten als diejenigen, die damals dabei waren. Von außen sieht es so aus, als wenn eben zu lange die Augen vor den Realitäten verschlossen wurden. Es wurde zu lange von einem Sockelbergbau und anderen Perspektiven geträumt.

Für die Megatrends Digitalisierung, Klimawandel und demografischer Wandel brauchen wir Antworten in Bezug auf die Zukunftssicherheit. Dabei geht es um erneuerbare Energien, Effizienz, Einsparungen und Klimaschutz. Ehrlich gesagt: Die Bundesregierung wird es uns in den nächsten Wochen und Monaten immer noch schwerer machen. Nach Solarenergie und Biomasse wird jetzt auch noch der Windenergie an Land der Saft abgedreht.

Das ist eine fatale, rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Wenn Windenergie in Nordrhein-Westfalen bald nicht mehr möglich ist, werden wir alle gemeinsam ein großes Problem haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für die Zukunft machen. Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für Elektromobilität machen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, ich bitte Sie, einmal für einen Moment Ihre Rede zu unterbrechen. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, wenn der Plenarsaal voll ist und Sie alle wieder da sind. Ich bitte aber doch, dass der Abgeordneten zugehört wird und dass es im Plenarsaal etwas lautloser zugeht.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen eine Wirtschaftspolitik für die Zukunft machen. Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für Elektromobilität, Speicher, innovative Effizienzideen sowie für erneuerbare Energien machen. Dafür stehen wir zur Verfügung. Wir laden natürlich alle ein, dabei mitzumachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10514, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung entsprechend der Beschlussempfehlung angenommen** mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Ich eröffne die Aussprache, und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Bernhard Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik steht unter Rot-Grün seit dem Jahr 2010 auf dem Abstellgleis.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Keine Innovation, keine Angleichung an tarifliche Vereinbarungen, keine Antworten auf gesellschaftli-